

Gerhard Kümmel [Hrsg.]

Was es (heute) heißt, Soldat zu sein



Militär und Sozialwissenschaften
The Military and Social Research

herausgegeben vom Arbeitskreis
Militär und Sozialwissenschaften (AMS)
und von Chance Schweiz – Arbeitskreis für
Sicherheitsfragen

Band 52

Gerhard Kümmel [Hrsg.]

Was es (heute) heißt, Soldat zu sein



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available on the Internet at <http://dnb.d-nb.de>

ISBN 978-3-8487-7769-3 (Print)
978-3-7489-2176-9 (ePDF)

British Library Cataloguing-in-Publication Data

A catalogue record for this book is available from the British Library.

ISBN 978-3-8487-7769-3 (Print)
978-3-7489-2176-9 (ePDF)

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

Kümmel, Gerhard
Was es (heute) heißt, Soldat zu sein
Gerhard Kümmel (ed.)
189 pp.
Includes bibliographic references.

ISBN 978-3-8487-7769-3 (Print)
978-3-7489-2176-9 (ePDF)



Onlineversion
Nomos eLibrary

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

This work is subject to copyright. All rights reserved. No part of this publication may be reproduced or transmitted in any form or by any means, electronic or mechanical, including photocopying, recording, or any information storage or retrieval system, without prior permission in writing from the publishers. Under § 54 of the German Copyright Law where copies are made for other than private use a fee is payable to "Verwertungsgesellschaft Wort", Munich.

No responsibility for loss caused to any individual or organization acting on or refraining from action as a result of the material in this publication can be accepted by Nomos or the editor.

Vorwort

Der vorliegende Sammelband dokumentiert die Beiträge, die auf der Jahrestagung 2017 des Arbeitskreises Militär und Sozialwissenschaften (AMS) vorgestellt und im Anschluss an die Tagung und für die Zwecke dieses Sammelbandes überarbeitet, aktualisiert und erweitert wurden.

Namens des AMS danke ich ganz herzlich den Autoren und Autorinnen für ihre Bereitschaft, an diesem Band mitzuwirken, und für die Mühen, denen sie sich dabei unterzogen haben. Ich wünsche den Leserinnen und Lesern dieses Buches eine anregende und ertragreiche Lektüre.

Neuenhagen im Dezember 2019

Gerhard Kümmel

Inhalt

Globale Sicherheit, Funktionalisierung, Vernetzung: Herausforderungen für Soldatinnen und Soldaten aus soziologischer Sicht	9
<i>Dierk Spreen</i>	
Die Wiederkehr des Heldenkults und das Ende der ‚Inneren Führung‘. Anmerkungen zu Deutschlands neuer Wehrmacht	29
<i>Jürgen Rose</i>	
Innere Führung im Präventionsmodus	57
<i>Peter Buchner</i>	
„Darf ich Kämpfer sein?“. Hybride soldatische Identitäten im Aushandlungsprozess	83
<i>Maren Tomforde</i>	
Unterstützung von Frauenkarrieren bei der Bundeswehr durch Netzwerke, Mentoren und Karrierevorbilder	105
<i>Rafaela Kraus, Tanja Kreitenweis & Vanessa Petzold</i>	
Hierarchie und Werte. Ein empirischer Vergleich zwischen Bundeswehrsoldaten und zivilem Rettungsdienstpersonal	129
<i>Tanja Malz</i>	
Revisiting Governance: Extended Statehood in Africa and Beyond	151
<i>Olaf Bachmann, Funmi Olonisakin & Fouad Marei</i>	
Explaining Retention of Medical Officers: A Comparison of Person- Organization Fit and the I/O Model	175
<i>Gregor Richter</i>	

Globale Sicherheit, Funktionalisierung, Vernetzung: Herausforderungen für Soldatinnen und Soldaten aus soziologischer Sicht

Dierk Spreen

1. Einleitung

Die gegenwärtigen Herausforderungen an Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sind nicht so leicht auf einen Nenner zu bringen. Es ist derzeit eigentlich nicht möglich, diese Herausforderungen abschließend zu fixieren, weil sie sich in einem ständigen Wandel befinden, dem mehrere sich überschneidende und miteinander wechselwirkende Hintergrundprozesse zugrunde liegen.

Der folgende Beitrag wird auf drei soziologische Felder fokussieren, in denen solche auslösenden Prozesse stattfinden. Aus der Perspektive der *Politischen Soziologie* ist die Herausbildung einer globalen und erweiterten Sicherheitsordnung zu konstatieren, die nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes einsetzt, sich inzwischen aber schon wieder in einer Krise befindet. Mit dem Aufkommen dieser Sicherheitsordnung – im Folgenden *globale Sicherheit* – erweitert und verändert sich die Aufgabestellung der Bundeswehr fundamental. Handelte es sich zuvor um eine Friedensarmee, deren Einsatzfähigkeit gerade den politischen Zweck verfolgte, den Einsatz zu vermeiden, so handelt es sich nun um eine Einsatzarmee, deren Einsatz den Sinn verfolgt, in zerrütteten Konfliktgebieten basale Ordnungsstrukturen wiederherzustellen bzw. zu sichern. Durch den Einsatz, nicht durch dessen Vermeidung, leistet der Soldat der neuen Bundeswehr seinen Beitrag für den Weltfrieden. Dieser Auftrag führte außerdem zu einer Ausdehnung des Aufgabenspektrums weit über die Kernkompetenz hinaus.

Parallel dazu und damit zusammenhängend beobachtet die *Militärsoziologie* eine Veränderung der zivil-militärischen Beziehungen. Durch den Wandel zur Einsatzarmee und unterstützt durch die faktische Abschaffung der Wehrpflicht wird die Bundeswehr zu einem professionellen Sicherheitsakteur. Sie wird ein sicherheitspolitisches Instrument, d.h. sie wird politisch funktionalisiert (im Folgenden *politische Funktionalisierung*).

Für die Soldatinnen und Soldaten als professionelle Rollenakteure eines Subsystems der Politik verändert sich damit ihre Stellung in der Gesellschaft. Ging es vormalig um Integration in den Werte- und Normenkontext der demokratischen Zivilgesellschaft – in der Inneren Führung wird das unter dem Stichwort ‚Staatsbürger in Uniform‘ verhandelt –, so steht nun das Selbstverständnis der Soldaten als professionelle Träger einer militärischen Leistungsrolle im Vordergrund. Dieser Wandel bedingt, dass der Platz der Soldatinnen und Soldaten in der Gesellschaft neu bestimmt werden muss – eine Aufgabe, die nicht allein den Soldatinnen und Soldaten zufällt, mit der sie aber dennoch häufig allein gelassen werden.

Das dritte Wandlungsfeld, das hier aus einer *mediensoziologischen* Perspektive in den Blick kommen soll, ist die technologische Entwicklung. Mit dem Fortschritt im Bereich von vernetzter Kommunikation und der zunehmenden Mensch-Maschine-Integration – im Folgenden *kybernetische Vernetzung* – entwickeln sich auch neue Kontroll- und Führungstechniken, die wiederum, wie schon die politische Funktionalisierung, Rückwirkungen auf die Führungsphilosophie der Bundeswehr und das Selbstverständnis der Soldatinnen und Soldaten haben. Es gibt auch einen engen Zusammenhang zur politischen Funktionalisierung, da mittels dieser Technologie der unmittelbare Durchgriff höherer Führungsebenen auf die operative Ebene möglich wird.

Diese drei Felder werden im Folgenden näher betrachtet und in ihrem Zusammenwirken dargestellt. Sinn ist es, ein einigermaßen übersichtliches Bild der komplexen Herausforderungen zu gewinnen, denen sich Soldatinnen und Soldaten heute gegenübersehen, und damit aus soziologischer Sicht eine Antwort auf die Frage zu versuchen, was es heute heißen könnte, Soldat zu sein. Weil es dabei immer um einen Strukturwandel geht, der sich vor unseren Augen vollzieht, muss der Beitrag die Analyse immer wieder mit ein wenig Prognostik anreichern, wobei letztere – hoffentlich – begründet erscheint.

2. Globale Sicherheit

Für die Zeit nach 1989 kann – in Anlehnung an Trutz von Trotha – von einer globalen ‚Ordnungsform‘ oder auch – in Anlehnung an Michel Foucault – von einem globalen ‚Sicherheitsdispositiv‘ gesprochen werden. Die Ordnungsform bzw. das Machtdispositiv globale Sicherheit übernimmt demnach im Rahmen der Weltgesellschaft eine ganz wesentliche

Leistung, die in der klassischen politischen Theorie nur staatlich bzw. zwischenstaatlich gedacht wird. Nach 1989 entwickelte sich aber – erstmalig in der Weltgeschichte! – eine wirksame politische Struktur überstaatlicher, globaler und an humanitären Normen orientierter Gewaltbewältigung, die sich nicht einfach auf vertraute politische Kategorien herunterbrechen lässt. Sie ist weder ein anarchisches Staatensystem noch ein Weltstaat noch ein Weltimperium noch eine Weltorganisation. Anfang der 1990er Jahre beendeten nicht die USA allein, sondern eine breit angelegte Koalition von 34 Staaten den Überfall Saddam Husseins auf Kuwait. Als die NATO Ende der 1990er Jahre in den Kosovokonflikt eingriff und die ‚ethnische Säuberung‘ des Kosovo verhinderte, schrien zwar die Legalisten Alarm, denn es lag kein UN-Mandat vor. Aber hatte letztlich nicht doch Jürgen Habermas Recht, wenn er diese Intervention als ‚Vorgriff auf einen künftigen kosmopolitischen Zustand‘ (Habermas 2000: 61) legitimiert sah? Selbst der Irakkrieg der USA lässt von diesem Verweis auf eine überstaatlich-globale und normative Orientierung noch etwas erahnen. Nicht nur bestand die sogenannte ‚Koalition der Willigen‘ aus 43 Staaten, sondern die Nationale Sicherheitsdoktrin der Bush-Administration formulierte auch eine klare Warnung an alle jene ‚Souveräne‘, die Terrorismus fördern, Genozide durchführen oder Massenvernichtungswaffen herstellen (Hanser/Trotha 2002: 345-363; Spreen 2008: Kap. F; 2012; Trotha 2010; 2011).

Der Hinweis auf die US-Sicherheitsdoktrin macht deutlich, dass sich die Ordnungsform globaler Sicherheit nicht auf das UN-System begrenzen lässt. Sie umfasst vielmehr eine Vielzahl von Akteuren und normativen Bezügen. Ihre Einheit basiert auf einem *globalen Sicherheitsdiskurs*, der im Leben und in den Entfaltungsmöglichkeiten jedes einzelnen Individuums ein Schutzgut entdeckt. Zum Teil ist daher auch von ‚human security‘ oder der ‚responsibility to protect‘ (R2P) die Rede. Dieser Sicherheitsdiskurs konstituiert einen orientierenden Rahmen für eine übernationale Sicherheitspolitik. Weitere Merkmale sind der Präventionsgedanke, die Inklusion privater und lokaler Akteure, ein Habitus des Risikomanagements sowie eine Tendenz zur Entgrenzung. Das heißt im Einzelnen: Sicherheit erscheint bereits im Falle zunehmender Risikolagen gefährdet. Sicherheit ist keine rein staatliche Angelegenheit, sondern staatliche Akteure kooperieren mit Sicherheitsfirmen und Friedensunternehmern (häufig NGOs), welche allerdings strukturell den ökonomischen Imperativ des Profits oder zumindest der Kostendeckung berücksichtigen müssen. Sicherheit meint keineswegs das Gleiche wie ‚Frieden‘, sondern sie reguliert die Normalität

von Gewalt innerhalb bestimmter akzeptabler und möglichst optimierter Parameter. Und Sicherheit ist ‚erweiterte Sicherheit‘, d.h. sie bleibt nicht auf den Kernbereich militärischer und politischer Sicherheit beschränkt, sondern umfasst ökonomische, migrationspolitische sowie soziale und ökologische Aspekte und bezieht insbesondere Entwicklungshilfe, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik mit ein.

Insgesamt stellt sich globale Sicherheit als eine überaus komplexe Form der Problembearbeitung dar. Daher sollte man sie sich nicht als globale Erweiterung des Rechtsstaatsmodells vorstellen, also als globale Normgeltung plus Polizei, Rechtsprechung und Vollzug. Vielmehr ist eine Vielzahl von differenten Normvorstellungen im Spiel. Das beginnt schon damit, dass Europäer und Amerikaner durchaus verschiedene Ideen über Rolle und Ausgestaltung des internationalen Rechtsrahmens haben. Nicht zu unterschätzen sind aber auch die Differenzen in den Problemcodierungen, die zwischen militärischen, polizeilichen und anderen politischen Akteuren auftreten – und zwar sowohl ‚vor Ort‘ als auch im Bereich ministerieller Zuständigkeiten.

Mit globaler Sicherheit ist notwendig der Einsatz bewaffneter militärischer Kräfte verbunden – und zwar auch, wenn auch nicht nur, im Bereich der sog. militärischen ‚Kernkompetenz‘. Aus der Perspektive auf globale Sicherheit wandelt sich die Rolle der Soldaten: Diese sind nicht mehr in erster Linie Gesellschaftsverteidiger, sondern ihnen kommt die Rolle einer globalen Gewaltbewältigung zu. Ohne zumindest die Androhung von gewaltbewältigender Gewalt bekommt man das mit dem Menschen als relativ instinktgebundenem Wesen gegebene Gewaltproblem nicht in den Griff (Popitz 1992: 43-78). Im Kontext globaler Sicherheit ist dies die neue Rolle des Soldaten.

Allerdings bedeutet das auch eine Rückkehr des Soldaten ‚im Einsatz‘ und des Kontextes, der sich damit verbindet und den man gemeinhin als ‚Kriegführung‘ bezeichnet. Der Analyse des Autors nach, und damit steht er nicht allein, haben die zivilgesellschaftlichen Diskurse diese Rollenverschiebung nicht mitvollziehen können (Spreen 2011b). Sie pflegen die „Kriegsverdrängung“ (Joas/Knöbl 2008).

Die Politik, die darauf angewiesen ist, den Kontakt zur Gesellschaft nicht zu verlieren, tut sich ebenfalls mit dem Thema schwer. Die parteiübergreifende Rede von der ‚Friedensdividende‘, die paradoxerweise aufkam, als man in den 1990er Jahren wieder zu den Waffen griff, zeigt, dass man sich über das komplexe Verhältnis von Sicherheit, Gewalt und Gewaltbewältigung nicht wirklich Rechenschaft gegeben hat. Frieden ist kein

Anlass zur Haushaltskonsolidierung, sondern in Frieden muss man investieren. Er wird gemacht und gestiftet und kommt nicht von selbst. Inzwischen deutet sich hier ein Umdenken an (Seeheimer Kreis 2016), das allerdings nur zögerlich erfolgt und viel zu spät kommt. Bis heute sind zumindest deutsche Politiker kaum in der Lage, ihren Soldaten zu erklären, warum sie in den Einsatz gehen sollen. Es liegt die Vermutung nahe, dass sie sich über die Rolle der Gewaltbewältigung – das umfasst sowohl die wirkungsvolle polizeiliche Gewaltkontrolle als auch laufende Gewaltprävention durch gute Sozialpolitik – als Voraussetzung wirtschaftlicher und politischer Entwicklung nicht ausreichend Rechenschaft abgeben.

Aber auch in militärischen Kreisen scheint die neue Rolle des Soldaten höchst umstritten zu sein. Sie beinhaltet nämlich eine Vervielfältigung der Kompetenzen in den sozialen und sicherheitspolitischen Bereich hinein und d.h. über den Bereich der Kernkompetenz hinaus. Diese neue Kompetenzdiversifikation findet nicht bei allen Soldatinnen und Soldaten große Zustimmung. Manche verlieben sich in ein neues heroisches Soldatenbild („archaische Kämpfer“, Hans-Otto Budde) und übersehen dabei, dass dies die Friktionen in den zivil-militärischen Beziehungen nur vergrößern kann. Militärische Expertendiskurse haben ihren Anteil an diesen Friktionen – sie sind nicht auf Seiten von Gesellschaft und Politik allein zu suchen.

Allerdings ist die Ordnungsform globale Sicherheit inzwischen mehr als nur in einer Krise. Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr veranstaltete schon im Sommer 2012 eine internationale Tagung unter dem Titel „The Armed Forces: Towards a Post-Interventionist Era?“ (Kümmel/Giegerich 2013) Wenngleich in eine Frage gekleidet, gab der Titel der Erwartung Ausdruck, dass die Zeit von R2P & Co. vorbei sei. Diese Infragestellung fiel ja nicht vom Himmel, sondern resultierte aus einer ganzen Reihe von Enttäuschungserfahrungen. Weder ISAF noch die amerikanische Nachkriegs-Mission im Irak hielten, was man sich von ihnen versprochen hatte. Hinzu kamen frustrierende Konflikte in der Zivilgesellschaft und in der politischen Öffentlichkeit, weil viele Menschen dem neuen erweiterten Sicherheitsparadigma, das auch militärische Gewaltanwendung einschloss, nicht folgen wollten.

Nimmt man dann noch die neue weltpolitische Lage hinzu, in der mächtige Akteure eine Rückkehr zur gewaltförmigen Landnahme und zu einer ‚Großraumpolitik‘ in nachgerade Carl Schmitt’scher Manier präferieren und in der unterhalb der offenen Gewaltschwelle ‚hybride‘ Destabilisierungsversuche zur Regel werden, dann sieht man, dass globale Sicher-

heit inzwischen höchst fragil und gefährdet ist. Der Wahlsieg Donald Trumps in den USA und der lautstark popagierte neue amerikanische Isolationismus und nationalpolitische Egoismus verdüstern dieses Lagebild weiter. Leider sind die Gegner globaler Sicherheit in allen Lagern zu suchen: Bei den neuen Machtpolitikern genauso wie bei neo-nationalen Populisten oder in der liberalen sowie ‚linken‘ Zivilgesellschaft – und auch im Militär selbst.

Vor dem Hintergrund dieser Problemwahrnehmung sollte es darum gehen, einen Neustart des Programms globaler Sicherheit zu versuchen – und dies auch zu sagen und nicht um den heißen Brei herumzureden. Alles andere kann im Zeitalter der Globalisierung nur destabilisieren. Globale Konkurrenz unter dem Regime neoliberaler Profitmaximierung bei gleichzeitigem sicherheits- und wirtschaftspolitischem Egoismus und Nationalismus erhöht das Risiko für die Wiederkehr der Gewalt im Politischen – sowohl in Form binnenstaatlicher als auch zwischenstaatlicher Kriege. Dass das derzeitige Regime neoliberaler Egoisten und des Rückbaus gesellschaftlicher Solidaritätsstrukturen anomische Störungen des sozialen Zusammenhalts auch in den westlichen Zivilgesellschaften fördert, kann man derzeit anhand des Aufstiegs des Rechtspopulismus *live* miterleben (Heim 2016; Spreen 2017). Es ist eine Binsenweisheit, dass damit die politische Versuchung steigt, innere Konflikte durch äußere zu übertünchen.

Schon heute ist Gewalt die Hauptursache für die gewaltigen Migrationsbewegungen, die sich inzwischen nicht mehr verdrängen lassen, weil sie auch Europa erreicht haben. Damit stellt sich die Wahl: Globale Gewaltbewältigung unter dem Leitbild einer erweiterten globalen Sicherheitsordnung oder Rückfall in Großraumpolitiken mit dem Risiko der Gewalteskalation in den Berührungszonen, in denen sich dann endlose Bürger- und Stellvertreterkriege abspielen? Dies ist folglich kein Plädoyer für eine Absicherung gegen soziale Unruhen unter dem ideologischen Deckmantel der ‚Gegengewalt‘, denn das Milieu, in dem Nationalismus und Großraumpolitik so wunderbar gedeihen, sind Deregulierung und Neoliberalismus.

Es kann schon sein, dass sich die Weltpolitik derzeit im Gravitationsfeld einer historischen Entscheidungssituation bewegt: Entweder Fortsetzung globaler sozialer Deregulierung und weiter ‚Fahren auf Sicht‘ oder Orientierung am Leitbild globaler Sicherheit inklusive systematischer Eindämmung der Gewalt und des neoliberalen Habitus. Im ersten Fall besteht nämlich das Risiko, dass soziale und politische Konflikte der Kontrolle entgleiten.

Die Chancen für globale Sicherheit sind heute bei weitem nicht mehr so gut, wie der Autor das um 2005 herum noch gedacht hat. Im Weißbuch 2016 wird das „Engagement für die regelbasierte internationale Ordnung“ zwar ausdrücklich erwähnt: „Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts schafft dauerhaft Frieden und Stabilität.“ (Bundesministerium der Verteidigung 2016: 52) Allerdings umfasst der entsprechende Abschnitt gerade einmal 13 Zeilen. Es ist zu hoffen, dass die kommende Nationale Sicherheitsstrategie dieser Vorlage folgt und genau durchdekliniert, was das im Einzelnen heißt, so dass konkrete Verantwortung daraus ableitbar ist.

3. Politische Funktionalisierung

Bis 1989 war die Bundeswehr eine Verteidigungsarmee. Ihr Auftrag war die Verteidigung und zwar in doppelter Funktion, nämlich zum einen als Verteidigung Westeuropas und zum anderen als Verteidigung der Demokratie.¹ Niedergeschlagen hat sich dieser klassische Auftrag der Bundeswehr sowohl in ihrem Führungskonzept als auch in den zivil-militärischen Beziehungen. Das Leitbild hierzu nennt sich ‚Innere Führung‘. Der Begriff ‚Innere Führung‘ hätte ja von Michel Foucault stammen können, tatsächlich hat ihn aber die Kommission um Wolf Graf von Baudissin geprägt. Bei der Inneren Führung handelt es sich auch um mehr als um ein Konzept der Menschenführung, wie häufig – auch in der Praxis – reduzierend angenommen wird. Vielmehr stellt sie ein philosophisch und gesellschaftstheoretisch fundiertes Konzept dar, das die Integration der Armee in Demokratie und Zivilgesellschaft und den Soldaten als professionellbewaffneten Bürger in den Mittelpunkt stellt – also als einen berufsmäßigen Milizionär gewissermaßen (Ehrhart 2009). Insgesamt umfasst das Konzept drei Säulen:

1 Schon die Himmeroder Denkschrift vom 9. Oktober 1950 bestimmt die Bundeswehr als deutsches ‚Kontingent‘, das im Rahmen einer übernationalen, europäischen Gesamtverteidigung zu konzipieren sei: „Der Soldat des deutschen Kontingents verteidigt zugleich Freiheit im Sinne der Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit. Diese Werte sind für ihn unabdingbar. Die Verpflichtung Europa gegenüber, in dem diese Ideale entstanden sind und fortwirken sollen, überdeckt alle traditionellen Bindungen.“ (zit. n. DIE ZEIT, 29. April 1977).

Erstens *Integration*: Der ‚Staatsbürger in Uniform‘ ist Soldat der Gesellschaft und der Demokratie. Die Bundeswehr soll keine heroische Gemeinschaft und keinen Staat im Staate bilden. Vielmehr gilt der Soldatenberuf offiziell als normaler Beruf. In diesen Bereich fällt auch die Akzeptanz der Armee und ihres Auftrags durch die Bevölkerung sowie eine all-täglich-selbstverständliche Verbindung der militärischen und der zivilen Lebenswelten (Zivilisierung der Streitkräfte statt Militarisation der Gesellschaft).

Zweitens die *innere Demokratisierung* („Demokratie als Lebensform“): Der deutsche Soldat soll bewaffneter Demokrat sein. Daher kann die Demokratie nicht am Kasernentor Halt machen. Zur inneren Demokratisierung zählen Aspekte wie die Grundrechte im Wehrdienstverhältnis, der Wehrbeauftragte, die politische Befehlsgewalt (Primat der Politik), die zivile Wehrverwaltung und die politische Bildung.

Das dritte Prinzip ist das *ethische Urteilsvermögen* des Soldaten, die nicht mit der Auftragstaktik zu verwechseln ist. Kriegsverbrechen, aber auch sonstige skandalträchtige ‚Vorfälle‘ sollen möglichst verhindert werden.

Historisch gesehen ist das ethische Urteilsvermögen ebenso wie Integration und Demokratisierung als eine Reaktion auf die Transformation der Reichswehr in die Wehrmacht, die Anfälligkeit des seinerzeitigen Offizierskorps für antidemokratisches und republikfeindliches Gedankengut, die Verstrickung der Wehrmacht in die nationalsozialistischen Verbrechen sowie die Gewaltentgrenzung v.a. im Russlandfeldzug aufzufassen. Aber zu glauben, dass sich die Innere Führung in dieser historischen Dimension erschöpfe, ist falsch. Nicht nur ist sie ein wesentlicher Aspekt des staatsbürgerlichen Selbstverständnisses, sondern sie ist auch ein durchaus angemessener Rahmen, innerhalb dessen die neuen militärischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen verhandelt und an die Gesellschaft angebunden werden können (Legitimationsfunktion). Weil das in Bundeswehrkreisen mehr als nur gelegentlich angezweifelt wird, soll das hier genauer beleuchtet werden.

Eingestellt war die Bundeswehr in eine umfassende Delegitimierung des Krieges als Mittel der Politik, denn, wie Baudissin schrieb, kann es angesichts eines Krieges „mit seinen eigengesetzlichen, alles vernichtenden Kräften (...) kein politisches Ziel [geben], welches mit kriegerischen Mitteln angestrebt werden darf und kann – außer der Verteidigung gegen einen das Leben und die Freiheit zerstörenden Angriff“ (Baudissin 1970: 24, Anm. 2). Das bedeutet, dass der Rede vom Krieg als politischem ‚Ins-

trument‘ jegliche normative Grundlage entzogen wurde. Dieser Legitimationsverlust ist eine Lehre, die sich durchaus nicht allein aus der Überzeugungskraft der aufgeklärten Friedensidee speist, sondern im Zusammenhang mit den Gewalterfahrungen der Weltkriege sowie dem Destruktionspotenzial von Atomwaffen zu sehen ist. Militärische Gewaltausübung ist nur noch im Kontext der Verteidigung gegen einen Angriff oder eine andauernde Gewaltbedrohung von außen sowie als Mittel der Gewaltbewältigung und Ordnungskonstitution insbesondere in den anarchischen Gewaltträumen zerfallener Staaten überhaupt legitimierbar! Dass sich nicht alle an diesen legitimatorischen Kontext halten und vielmehr nach wie vor gewaltapologetische Politikkonzepte wie beispielsweise der islamistische Terrorismus im Spiel sind, schränkt die Delegitimierung des Krieges als politischem Instrument nicht ein, sondern markiert solche Diskurse und Gruppen lediglich als Feinde der auf Freiheit und Anerkennung des Anderen gegründeten Friedens- und Ordnungsideoe. Im Übrigen sind die Delegitimierung von Krieg und Gewalt als Instrumente des Politischen konstitutiver Bestandteil der normativen Weltordnung (Völkerbundsatzung, Briand-Kellogg-Pakt, Charta der Vereinten Nationen, Art. 2, Ziff. 4).

Diese Delegitimierung des instrumentellen Kriegsbegriffs lässt allerdings eine erhebliche Bandbreite von Interpretationen zu. Darunter fällt nicht nur die Vorstellung, dass militärische Gewaltanwendung nur legitimiert sei, wenn sie durch einen förmlichen Beschluss des Weltsicherheitsrates abgesegnet ist. Die US-Sicherheitsdoktrin von 2002 etwa bestimmt klar Verstoßbereiche, in denen mit einer amerikanischen Intervention auch ohne Beschluss des Weltsicherheitsrates zu rechnen ist. Sie warnt somit die Verbrecher im Amt, die es überall auf der Welt geben kann. Man kann das aus einer allein am UN-Verfahren orientierten, normativen Perspektive für problematisch halten, aber der immer wieder gerne antiamerikanisch eingefärbte Vorwurf, die USA würden damit lediglich den instrumentellen Einsatz von Militär kaschieren, übersieht, dass die US-Auffassung den sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel zur Delegitimierung des Krieges mitvollzieht, zugleich aber auf einer Sonderrolle im Verhältnis zur UN beharrt (Spreen 2008, Kap. F).²

2 Allerdings weckt die politische Performance der derzeitigen Trump-Administration starke Zweifel, ob diese Aussage gegenwärtig noch uneingeschränkt aufrechterhalten werden kann. Dies verweist einmal mehr auf die oben bereits diskutierte Krise globaler Sicherheit.

Nach 1989 kommt es in der Bundesrepublik zu einer Neuausrichtung im Kontext globaler Sicherheit: Umgeben von Freunden wird die Bedeutung des Verteidigungsauftrags zunehmend relativiert und stattdessen auf den neuen Auftrag als ‚Einsatzarmee‘ fokussiert. Das bedeutet, dass es um die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr im Kontext multilateraler Einsätze und globaler Gewaltbewältigung geht, z. B. humanitärer Interventionen oder Anti-Terror-Einsätze usw..

Im Kontext der Auftrags- und Strukturweiterung zur Einsatzarmee gerät das bisherige Gefüge der Inneren Führung – so meine These – unter Druck. Ich sehe analog zu den obigen Dimensionen v. a. drei Problemfelder der Inneren Führung:

Das erste Problemfeld ist die *Anerkennungsproblematik*. Die Deutschen, so kann die *Süddeutsche Zeitung* (21.02.2014: 4) lapidar feststellen, „haben (...) für ihre Armee nicht viel übrig.“ Die politische und zivilkulturelle Kriegsverdrängung kollidiert mit den Realitäten einer Einsatzarmee. Kampfeinsätze, getötete Soldaten, zivile Kollateralschäden im Einsatzgebiet und posttraumatische Belastungsstörungen passen nicht in das Bild, das man sich von der Bundeswehr in der Öffentlichkeit gerne machen würde. Interessanterweise führen diese Phänomene nicht oder jedenfalls nur sehr zögerlich zu einer Veränderung der Meinungen und Haltungen, sondern eher zu Skepsis und Ablehnung oder zumindest Indifferenz. Auf der Seite der Soldatinnen und Soldaten wird dies oft als mangelnde Anerkennung wahrgenommen. Die damit verbundenen Gegenstrategien – z.B. Veteranendiskurse und laute Zweifel an der Inneren Führung – verschärfen die Problematik eher noch, wenn sie soldatische Sonderkompetenzen und -ansprüche ins Spiel bringen.

Das zweite Problemfeld ist ein *struktureller Strategiewechsel auf politischer Seite (Inklusion statt Integration)*. Im Rahmen der Erweiterung der Verteidigungsarmee zur Einsatzarmee fällt der Bundeswehr als Teil einer globalen Gendarmerie die Funktion globaler Gewaltbewältigung zu. Diese neue Rolle ist, anders als im Falle der Polizei im Inneren, sehr stark von politischen Imperativen abhängig. Im Rahmen dieser neuen Funktion rückt auf jeden Fall die Leistungsfähigkeit der Einsatzarmee als Sicherheitsakteur in den Fokus: Die Innere Führung dagegen konzipierte die Bundeswehr als eine Friedensarmee, die auf das politische Ziel verwies, den Einsatz gerade zu vermeiden. Spätestens seit Ende der 1990er Jahre zeichnet sich nun ab, dass der Bundeswehr im Kontext der globalen Sicherheitsarchitektur und -ordnung, wie fragil und vorläufig diese derzeit auch erscheinen mag, eine stärker aktive Rolle zugeordnet wird. Sichtbar

wird eine neue Funktionalisierung des Militärs durch die Politik, insofern auch der Bundeswehr eine Rolle in der globalen Sicherheitsordnung zukommt. ISAF in Afghanistan ist dafür ein Beispiel. Damit steht die Leistungsfähigkeit und Professionalität als transnational vernetzter und global einsatzfähiger Sicherheitsakteur zur Debatte (Reeb 2009). Nach vorne gespült werden dazu passende Konzepte wie das des ‚demokratischen Kriegers‘ statt, wie das vorher der Fall war, das des ‚bewaffneten Demokraten‘. Die Soldaten werden zum „Instrument der Politik“ (Herberg-Rothe/Thiele 2011: 30). In diesem Problemfeld tritt neben die Problematik der Integration der Soldatinnen und Soldaten in die demokratische Gesellschaft, eine Perspektive, die primär nur auf ihre *Inklusion als professionelle Rollenakteure* in ein Subsystem der Politik fokussiert.

Das dritte Problemfeld bezeichne ich als die *Anomieproblematik*. Hiermit ist das politische Risiko bezeichnet, dass es im Einsatz zu Handlungen oder Operationen kommt, die politischen Skandalcharakter sowohl in der nationalen als auch in der Weltöffentlichkeit entfalten oder unter der lokalen Bevölkerung für erhebliche Legitimationsdefizite sorgen könnten. Die Bandbreite solcher militärinduzierter anomischer Effekte ist groß. Hierzu zählen aus deutscher Sicht etwa der Totenkopfskandal 2006 oder der Luftangriff in Kunduz 2009. Solche Effekte oder ‚Vorfälle‘ können die politischen Absichten eines Einsatzes beschädigen oder zumindest seine Legitimität in Frage stellen. Sie sind daher aus politischer Sicht ein Risiko, das Möglichkeiten zu medialen Gegenoffensiven eröffnet. Militärische Desaster oder schlichte Erfolgslosigkeit (= vergebliche Opfer) zeitigen natürlich ähnliche Effekte.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Der ‚anomische Soldat‘ ist keine Selbst-, sondern eine Fremdperspektive. Soldaten sind von ihrem Selbstverständnis her ausgesprochen regel- und normorientierte Akteure (‚Disziplin‘). Aus der Sicht zivilgesellschaftlicher Beobachter dagegen erscheinen sie quasi als ‚abweichend‘, weil sie Gewaltakteure sind. Militärische Einsätze mit Gewaltcharakter leiden in Zivilgesellschaften notwendig unter einem „strukturellen Legitimationsproblem“ (Spren 2011a) – und zwar selbst dann, wenn alles militärische Handeln im Rahmen der *rules of engagement* verbleibt. Dieses strukturelle Legitimationsproblem bewaffneter Gegengewalt färbt auf das Bild des Soldaten ab, das sich die Gesellschaft von ihm macht.

Die Umstrukturierung des Militärs im Kontext der neuen politischen Funktionalisierung verstärkt jedenfalls die Anomieproblematik auch für die Politik. Nach dem Motto ‚mitgefangen – mitgegangen‘ kommt es zu